



Pressekonferenz zum Pflege-Report 2017
AOK-Bundesverband und Wissenschaftliches Institut der AOK (WIdO)
5. April 2017, Berlin

Statement von Prof. Dr. med. Petra A. Thürmann

**Universität Witten/Herdecke, Philipp Klee-Institut für
Klinische Pharmakologie und Mitglied des Sachverständigenrats
zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen (SVR)**

Es gilt das gesprochene Wort!

Der Einsatz von Psychopharmaka bei Pflegebedürftigen

Viele ältere und hochbetagte Menschen leiden unter zahlreichen gesundheitlichen Problemen und chronischen Erkrankungen und erhalten zur Therapie vielerlei Medikamente. Bei fünf und mehr Medikamenten pro Tag spricht man im Allgemeinen von Polypharmazie. Betagte Menschen mit Pflegebedürftigkeit sind meist noch etwas kränker und erhalten noch mehr Arzneimittel. Dem neuen Pflege-Report kann man entnehmen, dass knapp 60 Prozent aller Pflegebedürftigen fünf verschiedene Arzneistoffe oder mehr täglich einnehmen. Die Risiken dieser Polypharmazie liegen auf der Hand: Es kommt vermehrt zu Wechselwirkungen und Nebenwirkungen. Wir wissen, dass mit jedem Medikament mehr, besonders mit zunehmendem Lebensalter, das Risiko für schwere Nebenwirkungen und dadurch bedingte Krankenhauseinweisungen zunimmt.

Hinter dieser hohen Anzahl von Medikamenten verbergen sich viele gegen Herz-/Kreislauf-Erkrankungen und Diabetes, aber auch viele Medikamente zur Behandlung psychischer Erkrankungen und Probleme. Im Pflege-Report ist nachzulesen, dass jeder fünfte Pflegebedürftige ein Medikament gegen Depressionen, so genannte Antidepressiva, erhält, fünf Prozent eines zur Beruhigung, so genannte Hypnotika und Seditiva, und genauso viele einen Wirkstoff gegen Ängste, so genannte Anxiolytika. Bei ebenfalls jedem fünften Pflegebedürftigen sind Arzneimittel gegen Wahnvorstellungen, so genannte Neuroleptika, verordnet worden. Ins Auge sticht der besonders hohe Anteil bei Menschen mit einer durch die Pflegekassen anerkannten Demenz. Von diesen erhält jeder dritte ein Neuroleptikum.

Eine besonders verwundbare Gruppe der Pflegebedürftigen sind die 800.000 Bewohner von Alten- und Pflegeheimen in Deutschland, meist handelt es sich um Frauen. In einer Erhebung in deutschen Altenheimen bei 841 Bewohnern haben wir beobachtet, dass gut 30 Prozent der Bewohner ein Antidepressivum erhielten, hier gibt es kaum Unterschiede zwischen Menschen mit oder ohne Demenz. Aber über 40 Prozent der Bewohner mit Demenz haben in ihrer Dauermedikation mindestens ein Neuroleptikum, dagegen nur knapp 20 Prozent der Heimbewohner ohne Demenz. Hinzu kommen weitere Neuroleptika und beruhigende Medikamente, die bei Bedarf zusätzlich gegeben werden. Diese hohe Verordnungsprävalenz ist nicht verwunderlich: Bei bis zu 90 Prozent der Menschen mit Demenz muss mit dem Auftreten von neuropsychiatrischen Veränderungen und bei etwa 40 bis 60 Prozent mit psychischen Verhaltensstörungen von ausgeprägter Unruhe bis hin zu verbaler und physischer Aggression gerechnet werden.

Diese Auffälligkeiten lassen sich teilweise durch Neuroleptika dämpfen. Allerdings entspricht dies häufig nicht dem Zulassungsstatut der Medikamente und auch nicht den Leitlinien. Neuroleptika werden als Medikamente zur Behandlung von krankhaften Wahnvorstellungen, sogenannten Psychosen, entwickelt und auch geprüft. Nur ganz wenige der Wirkstoffe sind für die Behandlung von Wahnvorstellungen bei Demenz zugelassen, und auch dann nur für eine kurze Therapiedauer von etwa sechs Wochen. Konkret werden in den Leitlinien lediglich zwei Wirkstoffe über jeweils maximal sechs Wochen empfohlen.

Gleichzeitig zieht die Behandlung psychischer Verhaltensstörungen bei Demenz eine Reihe von unerwünschten Nebenwirkungen nach sich: Neuroleptika selbst können die geistige Leistungsfähigkeit verschlechtern, sie fördern das Sturzrisiko und sie erhöhen die Wahrscheinlichkeit, eine Thrombose oder einen Schlaganfall zu erleiden.

Gibt es Alternativen hierzu? Offenbar ja. Im Rahmen eines Europäischen Projektes wurde unter anderem der Psychopharmaka-Gebrauch von Menschen mit Demenz in institutioneller Pflege erfasst. Während 54 Prozent der spanischen und 47 Prozent der deutschen Heimbewohner mit Demenz Neuroleptika erhalten, sind es nur zwölf Prozent in Schweden und 30 Prozent in Finnland. Es scheint hier also Spielraum und Alternativen zu geben. Es gibt zahlreiche nicht-medikamentöse Ansätze, die Verordnung von Neuroleptika zu reduzieren. Das sind unter anderem angemessene Schmerztherapie, Zuwendung und das Erlernen von Fähigkeiten, mit dem teilweise sehr belastenden Verhalten von Menschen mit Demenz umzugehen. Diese Maßnahmen bedürfen jedoch erheblicher Personalressourcen, die oftmals nicht verfügbar sind.

ANSPRECHPARTNER

Dr. Kai Behrens | AOK-Bundesverband | 030 346 46 2309 | presse@bv.aok.de